

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-73982](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-73982)

Der Ammerländer

(Zernprecher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,60 Mark. Alle Hofanfragen und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr: Für die einpaltige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Reklamen kosten 1 Mark die Zeile.

Anzeigen-Nachnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.

Für die Rückgabe unentgeltlich eingehender Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Recht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Nachdruck von Anzeigen nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gebühr für den verlangten Nachdruck jedoch nicht übernommen.

Nr. 248.

Westerstede, Donnerstag den 23. Oktober 1919.

59. Jahrgang.

Güdekums Warnung.

Wenn ein Finanzminister sich in die Beratung von Finanzen einmischt, so hat das gewöhnlich gar nicht gutes zu bedeuten. Das war schon so, als noch Dr. Meißner über Herr v. Rheinbaben die preussischen Finanzen betraute, und der Umsturz aller Dinge, der letzter auch über das berühmte Berliner Kasinoparlament dahingebraut ist, hat daran nicht das mindeste geändert. Am letzten Sonnabend plakte im Saalbau-Saal der Landesversammlung mitten in die Aussprache über die Statuten der Unterrichtsverwaltung eine Erklärung des Finanzministers Dr. Güdekum hinein, die die preussischen Abgeordneten denn doch etwas den Atem benahm: wir haben für das Etatsjahr 1918 einen Restbetrag von 2,3 Milliarden, für 1919 einen solchen von 6 Milliarden festgestellt. Wir haben ferner — in Preußen! — an unversicherten Schapanverleihen eine schwebende Schuld von 9 Milliarden, die nicht mehr übertritten werden darf. Und nun tritt der famose Friedensvertrag in Kraft, der jede Hoffnung auf ein menschenwürdiges Dasein der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes radikal ausstellt. Den letzten Pfennig müssen wir jetzt für die Erfüllung dieses Vertrages hergeben, denn wir müssen alles daransetzen, um diesem Wege eben durch die erste Vermittlung hin auszuweichen, den Völkernbund dafür zu gewinnen, daß er uns von ihm befreit. Unter ganzem Himmel und abzumauern. Wir sind zur vollständigen Annullierbarkeit, wir sind zur Verhängung verurteilt, wenn es uns nicht gelingt, in kürzester Zeit den Friedensvertrag von uns abzuwickeln. Sprich's — und überließ es dem Staatsratschuss nach der Erklärung zu tun, was er für richtig hält. Diejenigen, die nicht mehr als 83 Abgeordnete der Parteien zum Ausmaß des Unterrichtsmeins vor, und man weiß ja, daß ein solcher „Ausmaß“ Geld zu sparen pflegt, wie Geld; heute mehr noch als je zuvor. Und der „Ausmaß“ ging zunächst einmal in sich und vertagte die Abstimmung über die Vorschläge bis nach einer Aussprache im interfraktionellen Kreise von Regierungsparteien. Die Herren sollen mit recht nachdenklichen Gesichtern die Sitzung verlassen haben.

Es wird Zeit, daß auch das Volk über die Dinge nachdenkt, mit denen wir schon für die nächste Zukunft zu rechnen haben. Nachdenkt — und nach ja helfe. Die alte sozialistische Sozialpartei unserer Finanzverwaltung ist im Kriege zum Teil gegangen, und die Revolution hat es nicht ermöglicht, auf diesem Gebiete zu den guten preussischen Überlieferungen zurückzukehren. Herr Güdekum muß angehalten werden, daß er so ziemlich als erster sich Mühe gab, zu brennen; aber seine Anstrengungen scheiterten an der brutalen Macht der Tatsachen. Das Volk im Staatsrat wird immer größer — werden unerbittlichen Anteil daran die Staatsräte haben, daß nach den letzten öffentlichen Darlegungen des Finanzministers als bekannt vorausgesetzt werden. Man gehen auch noch die besten Steuerquellen des Staates auf das Reich über, und die Warenpreise beharren in ihrer aufsteigenden Richtung, was alles die Regierungen auch übernehmen müssen, um sie endlich nach abwärts zu senken. Können wir in dieser Lage noch die regelmäßigen Staatsausgaben höher, indem wir über das Maß gehen, was wir bisher für die Veranlagung unserer Jugend getan haben, die zum Teil sehr megalomane Reformprogramme der Parteien jetzt schon zum Bewußtsein erheben?

Gewiß kann der Staat kein Geld nicht besser ansetzen als für Schul- und Vorkriegs; aber dazu muß es erst einmal vorhanden sein. Was wir haben, ist aber das Gegenteil von Geld, nämlich Schulden. Schulden in einer Höhe, die selbst dem auerichtigsten Finanzminister die Haare zu Berge stehen. Da heißt es zunächst einmal sich auf das unbedingt Notwendige zu beschränken, die Staatsausgaben an allen Ecken und Enden beschränken, auf Liebungsiden, so fern sie Geld kosten, bis auf weiteres verzichten, auch wenn sie so sehr durch Parteiprogramme geheiligt sind. Soll die Defizitwirtschaft so weitergehen wie bisher, dann werden wir bald nicht mehr in der Lage sein, diejenigen Einrichtungen zu erhalten, deren wir uns schon in der alten Zeit zu erfreuen hatten. Die neuen Ideen und Wünsche, von denen die Gegenwart voll ist, müssen sich gedulden, bis wir wieder atmen können. Was das nicht einleuchtet und danach nicht handeln will, der hat noch immer seine Vorstellung von der wahren Größe des Zusammenbruchs, der uns betroffen hat.

Das eben ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen! — dieses geflügelte Wort aus den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die erste preussische Verfassung den herrschenden Gemütern abgerungen werden mußte, es hat auch heute, trotzdem wir keine Könige und Fürsten mehr in Deutschland haben, noch Geltung. Heute haben die Völker selbst den Herrn besiegelt, also müssen sie darauf bedacht sein, nicht in die Fehler ihrer Vorgänger zu verfallen, die sich zum Teil gerade um dieser Fehler willen unmöglich gemacht haben. Mehr denn je muß unter Volk auf diejenigen hören, die ihm die Wahrheit sagen, und sein ganzes Denken und Handeln der Lage anpassen, in der wir uns nun einmal befinden. Auerliche Sozialpartei in der öffentlichen wie in der privaten Lebensführung muß jetzt in Deutschland zum

obersten Gesetz erhoben werden — mer die Regierung darin nicht unterläßt, der hat den Anspruch verwirkt, als Fremder seines Landes und seines Volkes behandelt zu werden.

Deutsche Nationalversammlung.

(103. Sitzung.) 23. Berlin, 20. Oktober.

Die Teilnahme der Mitglieder an den Sitzungen bleibt nach wie vor sehr gering. Zu Beginn der heutigen Sitzung waren von 421 Abgeordneten, die die Nationalversammlung ausmachen, nur 17 anwesend. Das ist der 25. Teil. Auch der Verlauf der Sitzungen verläuft nicht von besonderer Wichtigkeit. Die Aussprache über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums wurde heute fortgesetzt. Für die Deutsche Volkspartei sprach der Abg. Winnick. Er behauptete sich viel mit dem

Vertragsangelegenheiten.

Dabei behauptete er, es sei unrichtig, daß die Parteien der Rechten Opposition gegen dieses Gesetz betreiben wollen. Wir haben kein Interesse daran, das Zustandekommen des Vertragsangelegenheiten zu verhindern. Wir wollen tun, daß es so schnell wie möglich verabschiedet wird. Aber es muß erklärt sein, so daß die Arbeiter und Arbeiterinnen damit einverstanden sind, wir müssen die Trümmer fortzuweisen und ein Gesetz schaffen, das Nutzen und nicht Schaden bringt. Die allgemeine Aussprache über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums wurde darauf geschlossen. Auf einen Antrag der Rechten hin, einen besonderen Wohnungsausweis einzuführen, wurde beschlossen, die Wohnungsfrage dem parlamentarischen Ausschuss zu übergeben. In der Sitzung der Reichsversammlung und Reichsministerien wurde der Reichsarbeitsminister Schalte erwiderte darauf, die Lage der Arbeitsbeschäftigten ist sehr traurig, aber nicht alle, die mit dem Verlusten herumgehen und arme Mittel tragen, sind Arbeitsbeschäftigte. Die Organisationen für die Arbeitsbeschäftigten sind mit der Regierung bemüht, diesem Unfug zu steuern.

Der Abg. Schneider-Sachsen (Dem.) behandelte ebenfalls das Vertragsangelegenheiten und ermahnte die Sozialdemokraten, nicht unerbittlich zu werden. Das Gesetz ist von ungewohnter Wichtigkeit, und man mühe sich die Vorschläge dazu stellen können. Weiter warf der Abg. Meißner dem Reichsarbeitsminister vor, daß er bei der Tarifbewegung der Berliner Setzungsangelegenheiten richtig für den Zentralverband der Handlungsbekannt Partei genommen habe. Der Minister sollte auch den Vorschlag einer Parteimitgliedschaft vornehmen.

Förderung der Arbeitsnachweise.

Reichsarbeitsminister Schalte richtete sich demgegenüber sein Verhalten bei der Tarifbewegung der Setzungsangelegenheiten in Berlin. Die weiteren Verhandlungen, in denen verschiedene Abgeordnete teil zu nehmen, teils von der Rechten das Wort zu ergreifen, drehten sich um allehand Fragen. Bechtholden wurde im Verlauf der Auseinandersetzungen zur Förderung des Arbeitsnachweises 1.600.000 Mark auszuweisen, d. h. eine Million mehr, als ursprünglich ausgesetzt war. Die weiteren Besprechungen füllten die heutige Sitzung aus.

Vorparagrafen des Abg. aus den Auseinandersetzungen eine Forderung des Abg. Gieseler (Dem.), die dahingab, daß eine Abweisung des Vertragsangelegenheiten eine zweite Resolution heranzubringen würde.

Sodann muß eines kleinen Zwischenfalls gedacht werden. Die Abg. Fr. Behm (deutsch-nat.), eine sehr gewandte frühere Rednerin, die schon seit 25 Jahren im Dienste des Reichsarbeitsministeriums tätig ist, sprach ausführlich über diesen Schutz und benutzte dann eine persönliche Bemerkung, um der Kaiserin zu gedenken. Sie sprach von der Kaiserin als von der Frau in Amerongen, die sich sehr der Reichsarbeiter angenommen habe, und die bis zum letzten Schläge ihres Lebens für den Schutz der Reichsarbeiter wirken werde. Diese Bemerkung der Abg. Fr. Behm rief aus den Tribünen Beifalls-läutchen hervor.

Gegen Ende der heutigen Sitzung wurde der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums erledigt und es begann die Beratung über den Haushalt des Reichsfinanzministeriums.

Die Reichsschulkonferenz.

Regain der Vorbereitungen.

Die Vorbereitungen zur Reichsschulkonferenz nahmen im Reichsministerium des Innern ihren Anfang. Reichsminister Dr. Koch schilderte kurz ihre Aufgaben. Unterrichtssekretär Schulz betonte die Notwendigkeit eines engeren Zusammenrückens zwischen Reich und Ländern und erläuterte das Arbeitsprogramm: 1. Aussprache über die vom Reichsministerium des Innern und der preussischen Unterrichtsverwaltung gemeinsam eingereichten Entwürfe für die Arbeit der Reichsschulkonferenz; 2. Organisation der Reichsschulkonferenz selbst; 3. Klärung über die kritischen Artikel der Reichsverfassung. Redner empfahl die Einberufung eines für zehnjährigen Ausschusses für die dauernde organisatorische Verbindung zwischen Reich und Ländern, die der preussische Unterrichtssekretär Becker als unbedingt nötig bezeichnete.

Wer trägt die Schuld?

Die ersten Verhandlungen des Untersuchungsausschusses. 21. Berlin, 20. Oktober.

Der von der Nationalversammlung eingesetzte Untersuchungsausschuss beginnt morgen seine eigentliche Arbeit, die Frage nach der Schuld an Entwicklung und Ausmaß des Krieges zu klären. Das von dem Ausschuss benannte Material wird dem zu bildenden Staatsgerichtshof zugeben, damit er das Urteil finden kann.

Frankreich suchte nach dem verlorenen Kriege von 1870/71 nach Verrätern; Deutschland sucht nach dem verlorenen Weltkriege nach Schuldigen. Frankreich hatte damals das kriegsgerichtliche Verfahren gegen den Marschall Bazaine; Deutschland wird die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses und des Staatsgerichtshofes haben. Gegen den angeblichen Verräter Bazaine dauerte das gerichtliche Verfahren zwei Monate; gegen die Deutschen, deren Verurteilung von deutscher Seite teilweise nicht vollzogen wurde, wird es jahrelange Verhandlungen geben. Es läßt sich sogar schon jetzt besagen, ob dieses Verfahren bei der Fülle der zu prüfenden Vorgänge und bei der Schwierigkeit, volle Aufklärung zu schaffen, jemals einen richtigen Abschluß finden wird. Solcher Zweifel macht sich bereits bei den Franzosen geltend, mit deren Erörterung der parlamentarische Untersuchungsausschuss eine eigentliche Tätigkeit — bisher hat er aber die Art jenes Vorgehens beraten — beginnen wird.

Viele Fragen betreffen die Friedensmöglichkeiten, die sich Ende 1916 und Anfang 1917 dadurch geboten haben sollen, daß Präsident Wilson zu einer Vermittlung bereit war. Um darüber einen Untersuchungsausschuss des Untersuchungsausschusses an erster Stelle der ehemaligen deutsche Vorkämpfer in Washington, Graf Bernstorff, als Zeuge oder als Sachverständiger, wahrhaftig zu schaffen, gebot werden. Was Graf Bernstorff sagen wird, ist in der Hauptsache schon seit geraumer Zeit bekannt. Er wird erklären, daß es dem Präsidenten Wilson mit seinem Vermitteln, den Frieden zu vermitteln, ernst war; daß ihm damals deutliche Gerüchte nicht beizulegen; und daß man in Berlin, wie er, Bemühen, es geraten, auf diese Vermittlung hätte eingehen sollen. Dagegen sollen die Herren v. Bethmann Hollweg, v. Jagow, Zimmermann, Helfferich, v. Capelle und Lubendorff zu der Sitzung, in der Graf Bernstorff vernommen werden soll, eingeladen sein.

Bei einigen soll, nach Setzungsvermutungen, das Erscheinen zweifelhaft sein, so bei Helfferich, Lubendorff und Zimmermann. Sie werden geltend machen, daß man sich von einer Wilsonschen Vermittlung einen für Deutschland tatsächlichen Frieden nicht habe erhoffen können. Graf Bernstorff sei in seinem Urteil befangen, weil er damals im Sinne einer amerikanischen Umgebung gehalten und der Verbindung mit der Heimat entfremdet habe. Daß der Untersuchungsausschuss in der Lage sein wird, angelegentlich diese gegenteiligen Auffassungen festzustellen, was als richtig, was als Laune zu betrachten ist, ist sehr ungewiß; um so mehr, als es ihm schwerlich gelingen wird, einen in die damaligen Jahre und Absichten Wilsons eingeweihten Amerikaner ebenfalls zu vernehmen.

Sand in Sand mit der Prüfung der erweiterten Fragen geht die Unternehmung der Gründe, die zur Erklärung des unbedingten Unterebottens geführt haben, der das Eingreifen Amerikas in den Krieg veranlaßte. Auch in dieser Hinsicht ist das meiste schon bekannt. Der Entschluß, den unbedingten Unterebottenskrieg zu vermeiden, stützte sich auf das Gelingen des Abmahlens, wonach England durch diesen Krieg in fünf bis sechs Monaten verhandlungsbereit gemacht werden würde, und auf die Erklärung des Staatsrats des Reichsministeriums, die Teilnahme Amerikas am Kriege werde für uns gleich Null sein.

Wie trug das Gelingen und die Erklärung waren, haben wir alle erlebt. Die letzten Verhandlungen werden aber annehmen im besten Glauben und nach bestem Willen gehandelt zu haben. Es haben sich geteilt. Aber, ist ihr Studium fruchtbar? — Darüber soll sich der Untersuchungsausschuss äußern.

Die Volksabstimmungen.

Verstärkung des Anstehens der Ratifikationen.

Der Ausschuss der Großmächte in Paris hatte unter dem Vorsitz Clemenceaus eine Sitzung, in der die Einzelheiten der Ratifikation des Friedensvertrags mit Deutschland besprochen und geregelt wurden. Die über diese Sitzung veröffentlichte amtliche Note bestätigt, daß der Austausch der Ratifikationen vorläufig hinausgeschoben wird, bis die Großmächte der Entente die militärischen Vorbereitungen beendet haben, die nötig sind, um in den bisher deutschen Gebieten, die einer Volksabstimmung unterworfen werden, die deutschen Truppen durch Soldaten der Entente abzulösen. Aus den Erklärungen, die die amtliche Note begleitet, geht hervor, daß die Entente nicht von der ursprünglichen Absicht zurückgekommen ist, die Aufrechterhaltung der Ordnung in den einzelnen dieser Gebiete einer einzigen Großmacht zu übertragen. Die bisherige deutsche Besetzung soll vielmehr in jedem Gebiet von einer gemischten Besetzung abgelöst werden, zu der Frankreich, Großbritannien, Nordamerika, Italien und gegebenenfalls auch Japan Truppen stellen werden. Da die Zusammenführung dieser Kontingente und ihre Verbringung an Ort und Stelle einige Zeit erfordert, erscheint es dem Pariser Komitee nötig, die Formalitäten der Ratifikation zu vertragen, weil die im Vertrag des Friedensvertrags festgelegten Fristen für die Volksabstimmung vom Tage der Ratifikation an laufen und die Gefahr bestehen würde, daß die Volksabstimmung genommen werden müßte, bevor die deutschen Truppen durch diejenigen der Entente abgelöst sein könnten. Es

Wenn die Großmächte ihre Vorbereitungen getroffen haben, werde Deutschland eingeladen werden, die betreffenden Gebiete zu räumen, damit jede Störung der öffentlichen Ordnung vermieden wird. Wie lange die Vorbereitungen dauern werden, weiß offenbar noch niemand, denn die Beratungen machen darüber widersprechende Angaben. In den Mitteilungen der Zeitungen über Maßnahmen zur Verlegung der deutschen Gebiete ist bisher von Nordböhmen, Oberösterreich und Mähren die Rede, nicht aber von dem Abstammungsgebiet an der belgischen Grenze.

Die Frauen und die Wahlen.

Interessante Ergebnisse in Köln.
Die kürzlich in Köln erfolgten Stadtverordnetenwahlen gestatten einen interessanten Einblick in die Art, wie das Frauenwahlrecht die Wahlen gestaltet. In Köln wählen nämlich die beiden Geschlechter in getrennten Wahllokalen, so daß die Beteiligung der Frauen und ihre Verteilung auf die einzelnen Parteien klar erkennbar ist. Es wählten nämlich:

	Männer	Frauen
das Zentrum	34 000	51 259
die Mehrheitsfortschrittlichen	47 074	29 028
die Unabhängigen	9 485	40 6
die Demokraten	7 639	5 339
die Deutsche Volkspartei	5 409	4 994
die Deutsche Volkspartei	1 063	2 219

Ohne Frauenstimmenrecht würden erhalten haben die Mehrheitsfortschrittlichen 51 Sitze statt 43, das Zentrum 37 statt 49, die U. S. V. 8 statt 7. Ein bedeutendes Plus an Frauen weisen also auf das Zentrum und die Deutschen, während bei allen anderen Parteien die Frauen bedeutend zurückblieben.

Polnische Rundschau.

Deutsches Reich.

* **Zweiterlei Maß bei der Ölseeblockade.** Aus den Polenfahrten liegen neue Meldungen vor, die die katastrophale Wirkung der Ölseeblockade von neuem verdeutlichen. Aus Swinemünde wird gemeldet, daß auslässische Schiffe nach wie vor ungehindert die Ostsee passieren, daß aber im übrigen der Seefahrtverkehr ruht. Auch traf ein norwegischer Dampfer, aus England kommend, mit geringen für Deutschland ein. Neuerdings wurden auch französische Schiffe in den Gewässern vor Swinemünde gestoppt. In Lübeck liegt der Seefahrtverkehr gleichfalls völlig still. Ausländische Schiffe passieren auch dort ungehindert.

* **Der Militärtransport der Truppen aus dem Baltikum** vollzieht sich weiter planmäßig. Nachdem in den letzten Tagen die in der Gasse liegenden Mannschaften zurückgeführt worden sind, ist jetzt mit der Einmargenierung der Fronttruppen begonnen worden. Es werden zuerst Artillerie und mehrere Maschinengewehrkompanien verladen. Für den Militärtransport ist im Einvernehmen mit der litauischen Regierung der Bahnhof Nodmischtski gewählt und zur Sicherung mit deutschen Mannschaften besetzt worden.

* **Das Programm der Deutschen Volkspartei** wurde mit dem Leipziger Parteitag festgelegt. Die Deutsche Volkspartei fordert den deutschen Einheitsstaat mit weitestgehender Selbstverwaltung und Sicherung der Eigenart der einzelnen geschichtlich, kulturell und wirtschaftlich zusammenhängenden Landschaften. Solange sich aber nicht alle deutschen Länder gleichmäßig dem deutschen Einheitsstaat einfügen, wird die Deutsche Volkspartei sich jedem Versuch einer Zertrümmerung Bremsen zu widerlegen. Die Deutsche Volkspartei fordert die Wiederherstellung der cubunvollen schwarz-weiß-roten Reichsfarben. Sie erblickt in den durch freien Entschluß des Volkes auf gelegentlichem Wege aufzurichtenden Kaiserthum, dem Sinnbild deutscher Einheit, die für unser Volk nach Geschichte und Lebensart geeignete Staatsform. Verantwortliche Mitarbeit der Volkvertretung an der Regierung ohne Ausbeutung der jeweiligen Parteimacht gilt ihr als wesentliche Grundlage jeder Verfassung.

* **Übergangsgesetz für Elsaß-Lothringen.** Das Gesetz betreffend die Übergangsregierung für Elsaß-Lothringen ist im französischen Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes bleiben die beiden Provinzen unter der unmittelbaren Verwaltung des Ministerpräsidenten. Sie werden jedoch in drei neue Departements eingeteilt, in Unter-Elsaß, Ober-Elsaß und Lothringen, und werden sofort besetzt. Departement Laß du Rhin, du haut Rhin und de la Moselle. Die Departements werden 21 Volkssprecher und 14 Senatoren abentsenden, so daß die neue Kammer aus 62 Abgeordneten bestehen wird gegen 60 in der alten Kammer, und der Senat aus 314 gegen früher 300.

* **Die neue Filmzensur.** Die Vorarbeiten für die Schaffung eines Filmzensurgesetzes werden vom Reichsamt des Innern tünlichst beschleunigt werden, um einen Entwurf der Nationalversammlung noch in diesem Jahre vorlegen zu können. Beachtlich ist, für Jugendvorstellungen besondere Beschränkungen zu erlassen und die allgemeine Regelung der Zensur für Filme so auszugestalten, daß schmutziger Geldesitz und Ausbeutung der Volksmünfte in der Filmbranche unmöglich gemacht werden, was allerdings nicht ganz leicht sein dürfte.

Deutsch-Österreich.

* **Autonomie für Südtirol.** Eine Abordnung aus Südtirol überreichte dem italienischen Ministerpräsidenten Nitti eine formelle grundsätzliche Erklärung gegen die Eingliederung des Gebiets in Italien und erklärte ferner die Bereitwilligkeit der vereinigten deutschen Parteien zur autarken Mitwirkung mit der italienischen Regierung für die Wiederaufrichtung und Entwicklung ihres Landes unter der Voraussetzung, daß die Regierung eine liberale Politik annehme und eine weitestgehende politische administrative Autonomie Deutsch-Südtirols anerkenne, insbesondere bezüglich der Sprache, der lokalen Eigenheiten und der wirtschaftlichen Interessen. Nitti versicherte der Deputation seine und der Regierung grundsätzliche Übereinstimmung mit den Erklärungen der Deputation, namentlich was die sprachlichen und nationalen Rechte und wirtschaftlichen Interessen angeht.

Schweiz.

* **Revolutionäre Propaganda.** Aus unerschöpflichen Quellen wird berichtet, daß für den 10. November, den Jahrestag der russischen Revolution, in der Schweiz eine

revolutionäre Aktion geplant sei mit dem Programm: Schaffung revolutionärer Arbeiterräte, Entlassung der Bourgeoisie, Auflösung der bürgerlichen Parlamente und Errichtung der proletarischen Diktatur.

Aus In- und Ausland.

Genoa. Bei den Wahlen zur Landeskirche erhielt die Liste der Liberalen 10 668, die des sozialistischen Wahlkreises 19 850 Stimmen. Der Landtag hat 600 000 Mark zur Ausbesserung der Anlegebahnen bewilligt.

Madrid. Da gesteigerter Handelsverkehr mit Deutschland erwartet wird, beschloß die Regierung, die Zahl der spanischen Konsuln dort bedeutend zu vermehren.

—w Berlin, 21. Oktober. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung erklärte der Minister des Meublieren u. a.: Nach einer jüngst aus der Schweiz zugegangenen Meldung sei damit zu rechnen, daß die Belgier den größten Teil der Gesangenen aus Frankreich zurückgeführt werde.

Belgien und Deutsch-Ostafrika.

Brüssel. Es verlautet, daß die belgische Regierung ihren Gouverneur für den Teil Deutsch-Ostafrikas ernennen werde, der Belgien zur Verwaltung zugeprochen worden ist. Belgien werde die Eingeborenen unter Anerkennung der sozialen Institutionen sich selbst verwalten lassen und nur Residenzen unterhalten. Es sei ferner für Ruanda und Urundi ernannt worden.

Wien hungert und friert!

Wien. Dr. Kerner erklärte dem amerikanischen Wirtschaftsminister, daß Wien höchstbitter vor dem Hunger leide. Es seien auch nicht einmal gekochte Kohlen da, um das Essen zu kochen. Die Krankenhäuser könnten nicht abgeheilt werden. Man müsse sich auf Verzweiflungsgedanken gefaßt machen.

Abschaffung der Wehrpflicht in England.

London. Das englische Kriegsministerium berichtet, daß mit dem Jahr 1920 die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft und das Freiwilligenheer wieder eingeführt werde.

Gefangenahme des Kronstädter Sowjets.

London. Nach amtlichen Meldungen ist Kronstadt hauptsächlich durch englische Matrosen erobert worden. Der sogenannte Kronstädter Große Sowjet wurde gefangen genommen. Petersburg soll vor dem Fall stehen.

Verschiedene Meldungen.

Königsberg i. Pr. Die Vorkriegsellen traten in den Ausstand, die Broterzeugung der Stadt soll aber geregelt werden.

London. (Entlich.) Demin hat die Volksmiffen bei Roman geschlossen. 17 Kowen überdrillen ten Don und ma ten 1200 Gefangene. Weiter westlich nahmen sie Kalaik und Pawlowk und machten 2159 Gefangene.

* **Kartoffelzufuhr aus dem Auslande.** Da die Kartoffelernte nicht ganz den Wünschen entspricht, hat sich die Reichsfortschrittsliste bemüht, Butahren aus dem Auslande zu erhalten. Diese Butahren sind von 2000 Tausend gewesen. Es sind mit Polen und mit Länemark diesbezügliche Verträge abgeschlossen worden.

* **Falsche Fünftausendmarken.** In Anbetracht der vielen in Umlauf stehenden falschen 5-Mark-Banknoten veröffentlicht die Berliner Zeitung zuerst ein Verzeichnis der unglücklichen Scheine. Banknoten mit nachfolgenden in der unteren linken Ecke schwarz gedruckten Nummern sind falsch: A. 001 — B. 133 — D. 628 — E. 81 — G. 132 H. 1—142 — J. 164—168 H. 144.

* **Zuckerpreise für 1919/20.** Durch Verordnung vom 14. Oktober sind mit Zustimmung des Reichsrats und des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung die Zuckerpreise für das Wirtschaftsjahr 1919/20 neu festgelegt. Der Rohzuckerpreis ist auf 53 Mk. für den Zentner, der Verbrauchsunterpreis auf 76,90 Mk. für den Zentner bestimmt worden. Bei der Festsetzung des Rohzuckerpreises ist der im Frühjahr festgelegte Mindestpreis für die Zuckerrüben von 4 Mk. zugrunde gelegt, daneben ist ein im Frühjahr gegebenes Verprechen, den Fabriken die Bezahlung der Rüben zu einem diesen Mindestpreis überlegenden Preise zu ermöglichen, durch Einrechnung eines Betrages von über 5 Mk. für den Zentner Rohzucker eingestuft worden. Der Großhandelszuschlag ist ebenfalls heraufgesetzt worden; er ist auf 4,70 Mk. bestimmt, dabei ist die Möglichkeit vorgesehen, ihn im Vermarktungswege zu erhöhen, falls besondere Verhältnisse dies nötig machen. Für den Fall einer Erhöhung der Zuckerrüben oder einer Änderung der Umfassungen ist dem Reichswirtschaftsminister die Ermächtigung vorbehalten, die Preise anzupassen. Gleichzeitig wurde durch die erlassene Verordnung die Zubehörung der Zwangsbevorratung über ausreichende Futtermittel mit Ausnahme der Melasse angeprochen; die Melasse kann in bisherigen Umlage von den rübenverarbeitenden Zuckerfabriken an die Rübenlieferanten zurückgeben werden, bleibt aber im übrigen für wichtige Zwecke in öffentlicher Bewirtschaftung.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerfede, den 22. Oktober 1919.

—) Für die Wahl der verfassungsgebenden Landesversammlung wurden in der Gemeinde Westerfede abgegeben von

Wahl.	Wahl.	Stimmen
1 Westerfede	844	40
2 Rinswege-Garnholt	537	22
3 Hollwege	313	24
4 Wansle Dohlt-Torholt	633	47
5 Westertag-Forst Thauen	455	14
6 Halsbet Eggeloge	354	32
7 Hülsfede-Gieselhof	271	55
	Zusammen	3407

Davon erhielten Gemeindevorsteher Wulf Jabe, Kupferhieb Bachmann Barel, Brauereibesitzer Sagemüller Krienenkamp, Priester Barelmann-Westerfede und Priester Gieselmann-Varel jeber 234, Kaufmann Fr. Meyer-Alpen 223, Lehrer Straß-Bach 11 Stimmen.

—) Gestern nachmittag wurde einem Oftrien, der sich wegen einer Gerichtsfrage hier aufhielt, aus dem Mantel des hiesigen Bahnhofs sein Militärmantel samt seines Bargeldes gestohlen.

—) Gestern abend hatten sich reichlich 60 Damen und Herren in Hentens Gasthaus eingefunden, um einen Kirchenchor zu gründen. Alle Stimmen waren gut, und deshalb wurde sofort mit der Einübung eines Abendliedes begonnen. Es steht zu erwarten, daß die Gemeinde von dem Chor noch manche Erbauung und Freude haben wird. Der nächste Übungsabend ist am Freitag den 31. ds. Mts.

* —) **Eggeloge.** Der hiesige Kriegerverein hielt am Entfeste beim Kameraden F. Hobbenfieten in Moorwinkelsdamm eine Verammlung ab. Zunächst wurden Mitteilungen über den Vertretertag in Oldenburg gemacht und auch die neuen Bundesstatuten zur Kenntnis gebracht. Der Einladung des Kriegervereins Grabstede zum Fahnenweihefest am nächsten Sonntag soll Folge geleistet werden. Wegen der schlechten Zugverbindung soll die Fahrt mit Wagen gemacht werden und können sich auch Nichtmitglieder daran beteiligen. Ferner beschloß der Verein, am 5. Dezember im Vereinslokale einen Ball abzugeben, jedoch soll vorher noch eine Verammlung wieder stattfinden.

—) **Bad Wilsenhausen.** Fahrradradler treiben auch hier ihr Handwerk. Gestern gegen 7 Uhr abends ist Herr Gerh. Sandstedt hier ein vor dem Hause des Herrn Schuhmacher Siems stehendes Damenrad entwendet worden. Dem Wiederbringer ist hohe Belohnung zugesichert.

—) **Apfen.** Dem Wanderwäuter D. Harbers in Apfen ist vor einigen Tagen ein vor dem Teichlichen Geschäft aufgestelltes Fahrrad gestohlen worden. Der Täter ist bis jetzt unerkannt geblieben.

—) **Ostfischep.** Herr Lehrer Stindt an der hiesigen Schule ist zum 8. Oktober d. Js. zum Hauptlehrer an der Schule zu Eckarel ernannt worden.

—) **Oldenburg, 21. Oktober.** Der Stadtrat beschloß in seiner heutigen Sitzung, die Fortbildungspflicht auf die Lehrende in den Behörden, Zahnärzten, Rechtsanwählern auszudehnen. — Dem Anlauf der großen Ziegelei in Scharrel wurde zugestimmt und der Kaufpreis mit 800 000 Mk. zuzüglich 100 000 Mk. bewilligt. Die Ziegelei liegt am Dorfe Scharrel an der Bahn Dohlt-Spöckenburg, ist 20 Jahre alt und besteht aus zwei Anlagen, von denen einer der Fabrikation von Ziegeln reinen dient. Es ist für mindestens 30 Jahre ausreichend Ton vorhanden. Der gesamte Grundbesitz ist 138 Hektar groß, davon 8 Hektar Gartenland, 28 Hektar Tonländerien und 100 Hektar Hochmoore. Das Moor liefert auf viele Jahre hinaus billige Brennstoffe, die Ziegelei gutes Baumaterial. — Gestern fand auf dem Rathaus die angelegentlichste Aussprache über den Unterricht in den Fortbildungsschulen statt. Man kam zu dem Beschluß, zunächst noch einmal die Annahmen zu hören, deren Vorläufe zu sammeln, und dann die Angelegenheit noch einmal vor den Stadtrat zu bringen. Vorläufig bleiben die bisherigen Unterrichtsstunden bestehen, d. h. der Unterricht findet außerhalb der Arbeitszeit statt. Die Arbeitsgeber, schiden die Verhältnisse wieder in die Fortbildungsschulen. Man hofft, zu einer gütlichen Vereinbarung zu kommen.

—) **Oldenburg, 20. Oktober.** Dem Kaufmann Döring, der in der bekannten Zuckerrübenangelegenheit verwickelt ist und deswegen in Haft genommen wurde, ist jetzt auch der Verkauf der sämtlichen Waren entzogen worden. Er ist dadurch geschädigt sehr geschädigt. Nur niedere Gewinnjucht hatte ihn zu seinen Schiebungen veranlaßt.

—) **Mt Dörfresland.** Of dat noch. Fier brot Mandag mören tüsten 10 un 11 Uer in de Schüre van Webede W. Orens Plaats in Westermarck bi Norden ut. Dat was een Kwalm, un de Flammen slogen hoch herut, as dat Stroh un dat Koorn in Fahrt kwam. Wet up een Swien kunnen de Deeren, sowiet se up Stall stamten, rett worrn. Dat Wöhus, dor'n Brandgevel seker, bleev behoffen. Wo de Brand utkamen is, kann bet antoe nett utmatt worrn.

Zu den Bodenschätzen in Bloh

Am Sonnabend nachmittag machten reichlich 50 Damen und Herren der Ortsgruppe Oldenburg des deutschen Technikerbundes einen Ausflug nach dem Bodenschätze in Bloh. Unter dem herlichen Väterdach hielt der weisbekannte Rutengänger Herr Brannotte-Dohlt einen sehr interessanten und lehrreichen Vortrag über die Wänschekrute. Er zeigte uns verschiedene Metallarten und die bekannte Weidenrute. Vom abergläubischen Zeitalter wurden wir hingeführt zur heutigen Bedeutung der Wänschekrute. An den Vortrag schlossen sich die praktischen Vorführungen an. Herr Brannotte stellte einen unterirdischen Wasserlauf fest und wies sogar die Richtung der Strömung nach. Bei einigen Damen und Herren zeigte sich dieselbe Wirkung. In der Mitte des Vöher Waldes zeigte die Rute eine schlagartige Strömung an. Unter fortwährendem Prüfen kam man in die Nähe des Bodenschatzes, wo ein Ausfluß auf Erdbö stattfand, wonach sich dort eine Delquelle befinden muß. Leider liegt die Bohrung aus dem Hauptgebäude augenblicklich still, da der Unternehmer gestorben ist. Hoffentlich finden sich unternehmungsfreudige Männer, welche die Delquelle zutage fördern. Auf der Straße nach Coerßen machte die Rute so fröhliche rötternde Ausflüge, daß mehrere Herren ausriefen: „Das ist ja verblüffend!“ Hier birgt die Erde Kaff. Alle Anwesenden, die der Sache bisher skeptisch gegenüberstanden, hatten die Ueberzeugung gewonnen, daß in der Wänschekrute den Menschen ein Mittel gegeben ist, die in der Erde schlummernden Schätze aufzufinden. Natürlich gehört dazu persönliche Anlage und reise Erfahrung, die sich Herr Brannotte in langen Jahren erworben hat.

Kurzer Wochenbericht

Der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 14. bis 20. Oktober 1919.

Die letzte Woche hat die erwarteten Veränderungen auf dem Gebiete des Getreides und Mehlverkaufs gebracht. Die Ausmahlung erfolgt für Weizen nur bis 80 Prozent, für Roggen bis 82 Prozent, für Gerste bis 75 Prozent statt bisher 94 Prozent und darüber.

Ämliche Bekanntmachungen.

Der Gemeindevorstand.

Westerfede, den 22. Oktober 1919.

Am Donnerstag den 23. ds. Mts., morgens 8 Uhr, soll im Hause des Schlachters Polat hiersebst auf der Freitank

Das Fleisch

einer Kuh zum Preise von 1,50 Mark pro Pfund an Minderbemittelte verkauft werden.

Gemeindevorstand.

Apen, den 21. Oktober 1919.

Am Montag den 27. Oktober

Kram-, Vieh-, Pferde-, Schweine- u. Holzmarkt

Viehmarkt

zu Nemels am Freitag den 31. Oktbr. 1919.

Pferde-Verkauf in Neuenburg.

Freitag den 24. Oktober ds. Js.,

15-20 Pferde,

als schwere Dänen, Belgier, Holsteiner, große und kleine Rassen, sowie hübsche,

Öffentlich gegen Bar und auf Zahlungsfrist unter voller Garantie verkaufen.

Kaufinteressenten laden ein mit dem Bemerken, daß auch Pferde in Tausch genommen werden.

Zu kaufen gesucht auf sofort 15 bis 20 Ladungen gute

Gehacktes

auf Bezugshin.

Anlieferung jede Station. Aufträge nimmt Handelsmann Gerh. Eilers-Westerfede sofort entgegen.

Kaufe Felle u. Häute

alles Art zu höchsten Preisen.

G. Drebing, Nord-Edewecht 2.

Ocholt. Empfohlene meiste eingetragene, angeleitete

Eber „Nikol“

zum Dedem.

An- u. Verkauf von Staatspapieren

Fritz Wallrichs, Kaufgeschäft.

Kartoffel-Abnahme

auf Station Westerfede:

am Dienstag den 28. ds. Mts., von morgens 8-12 Uhr,

auf Station Süddorf:

am Dienstag den 28. ds. Mts., von nachm 1-4 Uhr,

auf Station Einswege:

am Mittwoch den 29. ds. Mts., von morgens 8 1/2-12 Uhr,

auf Station Eggeloge:

am Donnerstag den 30. ds. Mts., von morgens 9-1 Uhr.

Es wird darauf hingewiesen, daß nur gesunde, sortierte Kartoffeln angenommen werden.

Schmale.

Die auf den 25 d. M. bei Hinrichs-Döhrfersfeld angelegte Viehauktion

fällt aus.

Se kann um änderthalb erst Ende November an einem noch bekannt zu gebenden Tage stattfinden.

Westerfede.

Fritz Nöhtermann, Auktionator.

Hafergrütze, Haferflocken,

ohne Marken.

G. Lohmüller, Dreierbergen.

Westerloh.

Habe am Sonntag den 23. ds. Mts. von morgens 10 Uhr an einige nahe am Kalben stehende

Quenen und einige milch- und milchwerdende

Kühe

zum Verkauf stellen. Gebote dieselben gegen Bar und auf Zahlungsfrist ab.

Gilert Bruns.

Kaufe

Ziegen

alles Art bei sofortiger Abnahme. Zahle erhöhte Preise.

S. Schröder.

Wohnung

2 Räume, für einzelnen landwirtschaftlich. Arbeiter oder Arbeitsfrau, ev. mit kleiner Familie, in der Nähe von Westerfede zu Anfang November zu vermieten.

Westerfede.

G. Koch, Aukt.

Verkauf in Halstrup.

Am

Gonnabend, 8. Nov.,

nachm. 2 Uhr anj.

kommen beim Kuh-Isen-Guthof folgende Gegenstände zum öffentlichen meißelnden Verkauf:

4 Desimalwagen, 400 bis 500 Rlg Tragkraft,

1 neue Nähmaschine, 3 alte Damen- und Herrenräder mit neuem Gummi,

4 große und kleine blaue Kistenwagen, 1 große Mahlmühle, 4 Handfließmühlen, 1 Rollen Messer, Gabel, Löffel, 10 Zint meter,

3 Wannen, 1 Rollen Steinplatte 60 60 Ztr., 1 Phototypieapparat 9x12 mit sämtlichem Zubehör, 3 1/2 Weische, 6 guterhaltene Rührmaschine, 1 besseres Viehbegehrer, 1 einig. Deichsel für Federwagen.

Kaufinteressenten laden ein

Otto Frankens, Rechnungsführer.

Einige gute

Arbeitspferde

zu kaufen gesucht.

Weshmooer G. m. S. S. Edewechterdamm.

Hollwege.

Weinen im Verkauf angekauften, mit 33 Punkten angeleitet.

Kindstier

von hervorragender Abstammung empfehle ich z. Dedem.

Anni Deltjen.

Habe auf Nachweis ein

Suhrind

zu verkaufen.

Elsö Hanemann, Zofelermoor.

Hüllstede.

Meinen angekauften

Eber

empfehle ich zum Dedem.

J. Wenke.

Emallierte Wasserkessel

mit Saab, Gr. 22, 24 u. 26 cm, sind eingetroffen.

Lhedd. Segemann,

Wofel b. Augustsehn.

Arbeits-Kleidung. Manchester-Hosen, Engl. Leder-Hosen, Starke Zwirn-Hosen, Joppen - Westen. Pantalon-Hemden, Parfüm-Hemden, Normal-Hemden, Mittel - Jumper. Gut und preiswert. M. SCHULMANN, 38 Mühlenstr. Oldenburg Mühlenstr. 38

Für die Wäsche. Schöne harte Kernseife in Säulen von 1-8,50 Mark, Feines Bleichsoda, Eil, vorzügliches Bleich- und Bleichmittel, Seifenpulver, markenfest, Holzlophen. G. Lohmüller, Dreierbergen.

Kluge Frauen besorgen andere Mittel nicht helfen, besorgen meinen Rat und geschultes bei. Dr. Karstens & Co., Berlin-Steigitz D. 537.

Baggerführer bei hohen Abfordern und Prämiierung gesucht. Woogant Langemoor, Nimmers, Sulpektor. Landesarbeitsnachweis Zwischenahn.

Mädchen welches gut wachen kann, und ein kleines Mädchen. Neuhaus Galkhof. Gehalt auf sofort oder Offert ein.

Lehrling H. Bartels, Klempner und Installation. Für hiesige Landwirtschaft wird ein

Knecht gesucht. Arbeitsvermittlung Westerfede. Gegen Krätze entsehtliches Hautjucken, juckende Hautausschlag usw. hilft Dr. Karstens Skabiolsalbe. Selbst in hartnäckigen Fällen von überraschendem Erfolg. Preis M. 6.- Versand direkt nur: Dr. Karstens & Co., Berlin-Steigitz D. 537.

Bilder abholen! Hermann Wehler, Buchbinderei u. Papierhandl.

Gardinen!

Gardinenneffel, 85 cm breit, 5 M., Gardinen-Leinen, 80 cm breit, 5,80 M.

Georg Meinen jr.

Fahrradmäntel, Fahrradschläuche in aller Friedensqualität.

J. Eilers, Edewecht

Kaufe Pferdehaar, auch nehme feiliges zur Verarbeitung an.

Carl Steinfeld, Bürstenmacher.

Edw. Bezugs-Gen. Westerfede.

Starke

Arbeitschuhe,

Größe 41 und 42, stehen noch bei Frau Ww. Siefing, Peterstraße zum Verkauf.

Der Vorstand.

Landarbeiter-Verband, Gau 24, Didenbg.-Mittels.

Am Sonntag den 26. d. Mts., 4 Uhr, in Zwischenahn, in Weges-Viertel.

Große öffentliche

Berufsammlung

aller Landarbeiter und ländlichen Dienstboten!

Thema: Die Notwendigkeit der Organisation der landarbeitenden Bevölkerung im Deutsch. Landarb. Verbande.

Arbeiter, Knechte u. Mägde kommt in Massen zu dieser Berufsammlung.

Der Einberufer.

Bezugs genossenschaft. Apen.

Donnerstag den 23. d. Mts., nachm. 4 Uhr: Ausgabe von

Saafroggen und Gerste gegen Barzahlung. Etde mitbringen.

Der Vorstand.

Edw. Bezugs-Gen. Westerloh.

Diejenigen Genossen, die uns

Steckrüben

steuern können, werden gebeten, baldmöglichst ihre ungelagerten Quantitäten anzugeben.

Der Saafroggen muß Freitag den 24. d. Mts. abgeholt werden.

Ferner ist noch etwas Saafroggen u. Gerste auf Lager u. wird auch an Nichtgenossen gegen Saafkarte abgegeben.

Der Vorstand.

gelegt) sonderlich änderien. Die Witterung ist drüber der Meisernte günstig, und die Urteile über dieselbe besseien sich weiter. In Argentinien bleiben die Getreidestausch für Weizen, Hafer und Leinante unbeeinträchtigt; trotzdem war die Preissteigerung in der am 9. Oktober endenden Woche, für die jetzt der wöchentliche Buenos-Aires-Bericht vorliegt, kräftig aufwärts gerichtet. Aus Rumänien liegt die Meldung vor, daß der dortige Ministerpräsident die Ausfuhr von 400000 Tonnen Getreide genehmigte, für die die Zahlung in Lei zu erfolgen hat.

Turnen, Spiel und Sport.

Westerloh. Der hiesige Turnverein wird am Sonntag den 16. November im Vereinstafel einen Turnertag, verbunden mit Schachturnen veranstalten.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Eilers in Westerfede Druck und Verlag von Eberhard Nies in Westerfede.

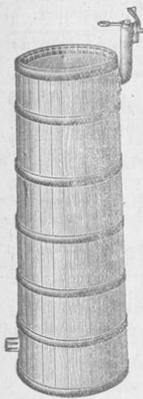
Als besonders preiswert empfehle ich

Gegelleinen

— extra stark —

in feldgrau und blau, 100 cm breit, passend für Decken für Pferde, Wagenpläne, Kuffäden, Arbeitsschürzen usw.

Zwischenahn. Gerh. Ripken.



Sauche fäßer

fertige in jeder Größe an
Partie getragener Fässer, Inhalt 200 Liter,
habe eine Partie getragener Fässer, Inhalt 200 Liter,
habe eine Partie getragener Fässer, Inhalt 200 Liter,

Herrn. Ahrens,
Küpperstr.
Zwischenahn.

Zahn-Praxis

E. KROLL, Dentist

Westerstede, Langestraße.

Sprechstunden f. Zahnleidende tägl. 8-12 u. 3-5.
Sonntags 10-12.

Das Schicksalsbuch der Jungfrau

von Hans Alexander.

Aus dem Inhalt:
Die schweren Folgen der sexuellen Unwissenheit.

Die Geschlechtsreife. Der geschlechtliche Verkehr. Die Venenkrankheit und die Wundheilung. Die Vererbung. Die Gefahren des unehelichen Geschlechtsverkehrs.

Trümmer der Liebe. Erhaltung der jungfräulichen Keuschheit. Mädchen und Frauenraub. Welche Mädchen sollen nicht heiraten? Wie erwirbt und erhält man sich die Liebe eines Mannes? — Das Geschlechtsleben des Mannes. Ursachen des Verfalls. Warum bleiben so viele Mädchen liegen?

Was jedes Mädchen und jede Frau vor und von der Ehe wissen muß.

Preis: Brosch. Nr. 420, geb. Nr. 6. — postfrei gegen Vorkasse.

— Verlag Härtel & Co., — Leipzig, Johannisstraße 30-52.

Kochstraße 75 Fleming Verlag.

Ehrung

für die Gefallenen und Kriegsteilnehmer der Gemeinde Zwischenahn.

Nach Beschluß der am 12. d. M. vom Verein für Heimatpflege einberufenen Versammlung soll im „Sogerhagen“ ein Ehrendenkmal und in der Kirche Gedenktafeln errichtet werden.

Viele Gemeindeglieder sind mit mir der Meinung, daß für die gefallenen Krieger auch Gedenktafeln mit den Namen der Gefallenen beim Ehrendenkmal angebracht werden. Ich bitte diejenigen Gemeindeglieder, welche zu Ehren der gefallenen Krieger die Anbringung von Namenstafeln beim Ehrendenkmal wünschen und einen Betrag hierfür zeichnen wollen, mir dieses unter Angabe des Zeichnungsbetrags mitzuteilen. Ich erlaube mir diesen Zweck bei der Spar- und Darlehnskasse eine Sammelstelle und bitte den Betrag dort einzahlen zu wollen.

Andreas Koopmann, Zwischenahn.

Die Einheitschule

Öffentlicher Vortrag

von Herrn Hauptlehrer Schwede, Oldenburg, am Freitag, 24. Oktober, abends 8 Uhr, im Zwischenahner Lichtspielhaus.

Nach dem Vortrag: **Ausprache.**

Eintritt 50 Pf. Die Arbeitsgemeinschaft der Beamten, Lehrer und Privatangehörigen in Zwischenahn.

Äpfel u. Birnen

können wieder angefordert werden. Bei Lieferung größerer Mengen bitte um vorherige Anmeldung.

Fritz Schneider.

Neu eingetroffen! Kleiderstoffe!!!

Billige Preise!

Gabardine, schwarz u. farbig, 130 cm breit, reine Wolle, Mtr. 93⁷⁵ 88⁷⁵ 68⁷⁵

Kammg.-Cheviot, bis 140 cm breit, gute reinwoll. Qualität, Mtr. 78⁰⁰ 62⁰⁰ 58⁵⁰ 49⁵⁰

Schotten, bis 110 cm breit — Mtr. 45⁰⁰ 37⁵⁰ 19⁷⁵ 16⁷⁵

Boile in allen modernen Farben, bis 115 cm breit, Besondere Neuheiten für Langstundentleider 29⁷⁵ 25⁷⁵ 19⁷⁵ 16⁷⁵

Ferner empfehle in großer Auswahl:
Mantelstoffe
Kostümstoffe
Blusenstoffe

Leo Steinberg

Oldenburg, Achternstr. 37, Ecke Baumgartenstr.

Ausserordentlich günstiges Angebot!!

Gute Herren- u. Jünglings-Anzugstoffe Meter 38, 46, 48, 68, 74 Mtr., sehr starke Herren- u. Knaben-Rosenstoffe Mtr. 16 u. 29 Mtr., billige Kostüm- und Rockstoffe Meter 18, 22, 28 Mtr.,

feine reinwoll. Kostüm- u. Kleiderstoffe Meter 32, 44, 58, 64, 84 Mtr., fertige Kleiderröcke und Mäntel in guter Auswahl,

fertige schwarze u. farb. Damen-Blusen St. 25, 32, 39, 43 Mtr. usw., starke Rock- und Schürzen-Wollaken in verschiedenen Preislagen,

reinwoll. Herren- und Knaben-Sweater 11, 12, 13, 14 bis 38 Mtr., Herren-Unterhosen und Unterjacken, blaue Kittel,

eine Partie gestrickte Knaben-Anzüge zu 38-45 Mtr.

Hemdentuche, Nessel, Patchende usw.

Da die Preise leider wieder im Steigen begriffen sind, empfehle ich allen, ihren Bedarf bald zu decken.

H. B. Meinen,

Kaufhaus für Manufakturwaren.

Plattenloser Zahnersatz

durch Goldtröten und Brückenarbeiten.

Dentist Schmidt

Oldenburg i. O., Gottorpstraße 1, gegenüber der Dübbs. Landesbank.

Osterscheps.

Im Saale des Herrn Fr. Harms:

Genzels Kunst- u. Figurentheater.

Am Freitag den 24. Okt.: **Kunz von Kauffungen** oder: **Der sächsische Prinzenraub.**

Schauspiel in 5 Akten von Neumann. Anfang 8 Uhr.

Es laden ein Genzel. Harms.



Krieger-Verein Eggeloge.

Zur Teilnahme an der Fahnenweihe in Grabstede veranlassen sich die Kameraden am Sonntag den 26. Oktober, pünktl. 12 Uhr, beim Kam. Friedr. Hobbensteden. Alle Kameraden, auch Nichtmitglieder des Vereins, werden gebeten, sich zahlreich zu beteiligen. Wagen stehen zur Verfügung.

Der Vorstand.



Westersteder Schützenverein

Am Freitag den 24. d. Mts., abends 8 Uhr, in Cordings Gasthof:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes (Kassaführer).
2. Rückzahlung der noch im Umlauf sich befindenden Aktien. Anteilsgeld zur Verfügung mitbringen.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.



Schützen-Verein Edewecht.

Freitag den 24. Okt. 1919, abends 8 Uhr, findet in D. Gehrels Gasthof eine

Berufung

statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Turnverein Westerloy

Sonntag den 16. Novbr. im Vereinslokal

Turnerball Schauturnen.

verbunden mit Anfang 5 Uhr. Eintritt 2 Mtr., wofür freier Tanz.

Hierzu laden freundl. ein Fr. Bühr. der Vorstand.

Klein-Scharrel.

Am Sonntag den 26. Okt.

Ball,

wogu freundl. einladet Fr. Hempen.

Statt Karten. Ihre Verlobung beschreiben sich anzuzeigen

Emma Sedenkamp August Giesjediers

Petersfeld, im Okt. 1919.

Kriegerverein Grabstede.

Sonntag den 26. Oktober:

Fahnenweihe

und **Volksfest** bei B. A. Janßen. 1 1/2-2 Uhr Empfang der teilnehmenden Vereine und Kameraden bei D. Meinen. 2 1/2 Uhr Abmarsch zur Weihe der Fahne. Von 4 Uhr an

BALL

im Festzelt und Saal. Auf dem Festplatz großer Jahrmarktstrassel. Der Festplatz ist mit Karussell und Baden a l'air etc. u.

Zu zahlreichem Besuch laden ein B. A. Janssen. der Festausschuss.



Ammerländer Reitklub.

Sonabend den 25. ds. Mts., abends pünktlich 7 Uhr, **Versammlung** in Cordings Hotel, Westerstede.

Tagesordnung: 1. Reitübungen betr., 2. Verschiedenes. Nach der Versammlung um 8 Uhr anfangend,

gefellige Zusammenkunft

mit Damen. Einführungen sind gern gesehen. Der Vorstand.



Etern, den 20. Oktober 1919.

Erliebten heute die traurige Nachricht, daß unsere liebe Freundin

Liesel Leefmann

ihrem schweren Leiden in Büdelsburg erlegen ist. Familie G. J. Krüger.



Sollwege, den 21. Okt. 1919.

Es hat dem Herrn, unsern lieben Gott, gefallen, unsern lieben Sohn u. Bruder

Arnold,

nachdem er 10 Monate unsere Freude war, wieder zu sich in sein Himmetreich zu nehmen. Familie Fr. Köster.

Die Beerdigung findet statt am Freitag nachmittags 5 Uhr.



Westerfehps, 22. Oktober.

Gestern starb plötzlich nach eintägiger Krankheit im Peter Friedrich Ludwig-Hospital in Oldenburg an Diphtherie unser lieber Sohn und Bruder

Willi.

In tiefer Trauer Frau Karl Friedrichs nebst Kindern.

Die Beerdigung findet statt am Freitag den 24. d. M., nachmittags 2 Uhr, von Mügge's Gasthof in Edewecht aus.

Der Ammerländer

(Sprecher Nr. 5.)

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,60 Mark. Alle Postanfragen und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr 1/2 die einmalige Kleinzeile (oder deren Raum) für Vortragsgeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Reklamen sollen 1 Mark die Zeile. Anzeigen-Einnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unverlangt eingehender Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rücktritt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Plagiaten werden auf Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den zeitigen Abdruck wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 249. Wessertede, Freitag den 24. Oktober 1919. 59. Jahrgang.

Friedensmöglichkeiten?

Erste öffentliche Sitzung des Untersuchungsausschusses
Berlin, 21. Oktober.

In einem der Kommissionen des Reichstagsgebäudes trat heute früh der amerikanische Untersuchungsausschuss des Interkontinentalen Ausschusses über die Schuld am Verlauf des Krieges zusammen. Der Untersuchungsausschuss bestand aus den Mitgliedern: Herrmann (Dem.), als Vorsitzendem, Gode (Centr.) als Schriftführer und Dr. Sinsheimer (Märkische) als Referenten. Ferner gehören dem Ausschuss an die Abgeordneten Dr. Cohn (Märkische), Frau Hilff (Märkische) und Dr. Schilling (Dem.). Im Vorhandensein haben weiter noch folgende Herren Dr. Egan (Centr.) und Dr. Duard (Märkische) teilgenommen.

Schon vor Beginn der Sitzung waren der stellvertretende Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, der Reichskanzler a. D. Dr. Helfferich und der Vizepräsident a. D. Graf Bernstorff im Saale erschienen.

Zahlreiche Abgeordnete aller Parteien u. a. Dr. Tarnitz (Sozial), Kaufmann (Dem.), Dr. Werder (Dem.) und Zahl (Sozial) hatten sich eingeschrieben. Für das Publikum fanden etwa 75 Plätze zur Verfügung. Für die Presse waren etwa 25 Plätze vorbehalten. Neben den deutschen Zeitungen waren auch die großen ausländischen Blätter vertreten. Als Sachverständige waren erschienen Professor Dr. Bonn, München, Professor Dr. Otto Goebel und Professor Dr. Heitrich Schäfer.

Der Vorsitzende Hr. Hermann eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Sache, nach dessen Zustimmung der Untersuchungsausschuss sich bildete. Die Aufgabe dieses zweiten Untersuchungsausschusses sei, die Ursachen sämtlicher Möglichkeiten eines früheren Friedensschlusses und die Möglichkeiten nach den Gründen, welche diese Möglichkeiten verhindert hätten, der Vorhandene richtet die Bitte an die Presse, in ihrem Urteil eine gewisse Zurückhaltung zu walten, bis die Berichtsaufnahme bei den einzelnen Punkten auch sich erledigt hat.

Es wird dann in die tatsächlichen Verhandlungen eingetreten. Als Zeuge ist Graf Bernstorff erschienen. Der Vorsitzende bittet ihn, den Verhandlungen beizutreten und das Material mitzubringen, damit er Gelegenheitsfälle, wo es eine oder andere anzuschließen und zur Aufklärung beitragen.

Die Berichtserstattung

Hr. v. Bethmann-Hollweg übernahm. Er führt aus: In Erfüllung der Aufgaben des Ausschusses ist der Generalstab der Beratung zunächst die sogenannte Friedensoffensive Wilsons. Es haben dem Ausschuss sämtliche Geheimnisse des amerikanischen Amtes zur Verfügung gestanden, und es war dem Referenten und den Mitglie d. d. Untersuchungsausschusses Gelegenheit gegeben, sämtliche Akten, die sich darauf beziehen, kennen zu lernen. Die Akten des Admiralstabes, des Kriegsministeriums und des Generalstabes haben zunächst nicht vorgelegen, werden aber im späteren Stadium dieser Verhandlungen herangezogen werden. Das Material besteht sich indes nicht auf die Akten des auswärtigen Amtes. Zur Einteilung des Stoffes ergibt sich eine

Gliederung in vier Perioden.

Die erste geht von dem Ausbruch des Weltkrieges bis zum Entschluß, die am 4. Mai 1918 an Wilson gerichtete Note, die zweite Periode reicht vom 4. Mai bis 12. Dezember 1918, dem geschichtlichen Lage des deutschen Friedensangebots, die dritte vom 21. Dezember 1918 bis 31. Januar 1917, an welchem Tage im Hauptquartier zu Versailles die sogenannte rüchstlose U-Boot-Krieg beschlossen wurde. Die vierte Periode ist anzusetzen bis zum 31. Januar 1917, jenem Tage, an dem Wilson dem amerikanischen Vizepräsidenten in Berlin, Graf Bernstorff, eine Note übergeben wurde, betreffend den rüchstlosen U-Boot-Krieg, und an welchem sofort der

Abbruch der diplomatischen Beziehungen Amerikas

am gegenüber

erfolgt ist. Zur ersten Periode ist zu sagen, daß nach den Akten von einer eigentlichen Friedensoffensive nicht die Rede sein kann. Wohl fanden theoretische Erörterungen über Friedensmöglichkeiten zwischen dem Kaiser und Gerard, der Minister und Graf Hill. Graf Bernstorff teilte mit, Wilson interessierte sich für den Frieden, und zwischen Vertretern der Regierung und dem Obersten Soule fanden Besprechungen statt. Aber diese Besprechungen finden sich nur mit Aufzeichnungen in den Akten, die eine erfolgte zwischen dem Staatssekretär Dr. Sinsheimer und Soule, eine andere zwischen dem Reichskanzler v. Bethmann und Soule. Diese Aufzeichnungen lassen eine bestimmte Friedensoffensive nicht erkennen, sondern sprechen nur von Erörterungen über die Möglichkeit, zum Frieden zu kommen. Die zweite Periode ist weitens wichtiger. Sie spielt sich ab zwischen dem 4. Mai, dem Tage der Überreichung der Entschluß-Note, in der geklärt wird, daß der U-Boot-Krieg nur auf den Kriegszweck beschränkt werde, und daß die völkerrechtswidrige Blockade aufgehoben werden müsse, und dem 12. Dezember, dem Tage

Friedensangebots.

Es erfolgte in demselben an den Grafen Bernstorff ganz bestimmte Instruktionen, in denen der Vizepräsident angewiesen wird, einen Friedensappell Wilsons herbeizuführen.

Die Hauptinstruktion geht zurück auf eine Unterredung mit dem damaligen Kaiser, der den Wunsch besonders geltend hat, Präsident Wilson möge diesen Friedensappell an die Kriegführenden richten. Es sollte auch an den König von Spanien und andere neutrale Herrscher appelliert werden. Graf Bernstorff hat feierlich über die Friedensmöglichkeiten berichtet und darauf hingewiesen, Präsident Wilson sei bereit, den Frieden zu vermitteln, auch die öffentliche Meinung in Amerika wünsche den Frieden.

Leider wurde im gegebenen Moment die öffentliche Meinung an untern Unkenntnis wieder beeinflusst, so durch die

Frage der belgischen Reparation und die Wirkung des U-Boot-Krieges; solange der Abschluss in Amerika nicht erledigt ist, sei an einen energischen Schritt Wilsons nicht zu denken. An der Friedensoffensive werde Wilson nicht teil nehmen, höchstens an Konferenzen, die mit der Friedenskonferenz in loyaler Verbindung hängen. Am 18. Oktober hatte Herr v. Bethmann im Hauptquartier an Wilson mit dem Grafen Vaurian eine Unterredung, um die Grundlagen für das Friedensangebot zu finden. Graf Vaurian wird darauf hin

daß auf eine militärische Entscheidung des Krieges nicht mehr zu rechnen sei,

man müsse irgendwie Friedensverhandlungen herbeiführen. Damit war Herr v. Bethmann einverstanden, einmal er sich schon früher mit diesem Gedanken getragen habe. Diese Überlegungen nahmen im Laufe der Zeit konkreteren Gestalt an und führten schließlich zu dem Friedensangebot. Anfang Dezember wird dem Grafen Bernstorff mitgeteilt, eine solche Friedensoffensive sei bereit, er möge darauf dringen, daß Wilson möglichst bald die Friedensoffensive übernehme. Darauf kam ein Brief vom Grafen Bernstorff, daß ein Schritt Wilsons in dieser Hinsicht politisch für Neuland in Aussicht stehe. Es wird in diesem Zusammenhang namentlich die Frage in Betracht kommen, ob und warum es gerechtfertigt war, trotz der von uns angebotenen Friedensoffensive und trotz der Mittelungen des Grafen Bernstorff am 12. Dezember die Friedensoffensive durch uns erfolgen zu lassen. Dies wird eine der Hauptfragen sein, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, in welchem Verhältnis diese Friedensoffensive vom 12. Dezember mit der von uns angebotenen und auch von Wilson in Aussicht gestellten Friedensoffensive steht. Die dritte Periode reicht vom 21. Dezember, dem Tage der Überreichung des Friedensangebots Wilsons an die Kriegführenden Mächte, bis zum 9. Januar, dem Tage der Entschlüsselung zur

Erklärung des rüchstlosen U-Boot-Krieges.

Das wesentliche in dem Vermittlungsangebot Wilsons war die Bitte, die konkretierten Friedensbedingungen mitzuteilen. Die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann enthielt jedoch keinerlei offizielle oder irgendwelche Andeutungen der konkreten Friedensbedingungen. Zugleich teilte eine neutrale Macht, die ich in dieser Hinsicht nicht nennen kann, mit, daß ein Friedensangebot Wilsons in Aussicht stehe. Dieser Appell wurde zunächst ernst zu nehmen sein, und die betreffende Macht habe guten Grund zu glauben, daß auch die andere Seite auf diesen Appell eingehen werde, wenn es um und klar die Erklärung abgegeben würde, daß der Status quo wieder hergestellt werde und in Bezug auf Belgien eine Wiederherstellung des Schadens erfolge. Dieser amtliche Schritt der neutralen Macht wurde am 18. Dezember in Berlin dem Staatssekretär Zimmermann, die dahingehend, daß er auf die Forderung, konkrete Friedensbedingungen abzugeben, nicht einging. Es wird hier namentlich festzustellen sein, welche konkretierten Friedensbedingungen untern Friedensabichten vom 12. Dezember anzuhande gelegen haben.

Es ist unbedingt notwendig, die Natur der formulierten Friedensbedingungen kennen zu lernen, die mit Genehmigung des Kaisers und der Obersten Direktion vereinbart waren. Eine andere Frage ist, ob es eine zu damaligen Zeit militärischereits ein Entschluß angeht worden ist. Die Akten lassen darüber etwas, das durch Betrachtung der Fragen läßt sich die Bedeutung dieser aktenmäßigen Mitteilungen in ein objektives Licht stellen.

Die nächste Periode beginnt mit dem 9. Januar, dem Tage der Entschlüsselung zum rüchstlosen U-Boot-Krieg. In der anschließend macht Graf Bernstorff wiederholt den Reichsregierung die Friedensbedingungen nach Washington zu erhalten, und er liegt inzwischen wiederholt Unterredungen mit dem Obersten Soule. Den Schriftwechsel mit dem Grafen Bernstorff hat Staatssekretär Zimmermann geführt. Zunächst geht es auf die Frage an, ob ein Schritt, indem eine allgemeine Erklärung abgibt und am 7. Januar bittet er den Grafen Bernstorff, die Frage der vertraulichen Mitteilung der Friedensbedingungen diplomatisch zu behandeln. Darauf wird am 9. Januar der rüchstlose U-Boot-Krieg beschlossen. Graf Bernstorff meint wiederholt, der rüchstlose U-Boot-Krieg bedeute den Bruch mit Amerika, wie überhaupt auch von anderer Amerika wiederholt bezeichnet wurde. Es wird auf die unbedingten Hilfsquellen Amerikas hingewiesen, die unerschöpflich seien. Am 23. Januar telegraphierte Bernstorff, daß Oberst Soule, im ausbühlichen Auftrag Wilsons, uns von neuem die Friedensvermittlung angeboten habe. Er wolle sich nicht in territoriale Fragen einmischen, wolle unter allen Umständen den Krieg vermeiden und möchte eine

Beendigung des Krieges ohne Sieger und Besiegte. Alle Vorbereitungen zur Friedensoffensive seien getroffen. Darauf fand eine Note Bethmann-Hollwegs nach dem Hauptquartier statt. Das Ergebnis war, daß

Bethmann-Hollweg an Bernstorff telegraphierte, es sei zu spät.

Wilson hätte früher mit einer solchen Aktion kommen sollen. Die Zurücknahme des U-Boot-Krieges sei nicht mehr möglich, weil es technisch unannehmbar sei, U-Boote, die bereits in See seien, zurückzurufen. Die deutsche Regierung sei aber bereit, ihm vertraulich ihre Friedensbedingungen mitzuteilen. Sie werden dann, am 28. Januar, dem Grafen Bernstorff mitgeteilt, der sie zur Kenntnis Wilsons bringen soll. Es heißt, daß eine nicht im Schreiben des Reichskanzlers die Friedensbedingungen, die er mitteilte, seien die Bedingungen, unter denen er bereit sei, Frieden zu schließen, sondern es heißt: Das seien die Bedingungen, unter denen Deutschland bereit gewesen wäre, am 12. Dezember Frieden zu schließen.

Ob also diese Antwort der Bitte Wilsons entrichtet ist eine Frage, die weiterer Erörterung bedarf. Am 31. Januar

erfolgte die Übergabe der Note über den rüchstlosen U-Boot-Krieg und demnach der Abbruch der Beziehungen mit Amerika. Wilsons Intention ist offenbar, in den Krieg einzutreten. Darauf beruht die Tatsache, daß er die gleichzeitige Erklärung des rüchstlosen U-Boot-Krieges in Amerika veröffentlicht, um den Weg zu öffnen zu halten. Aber die Schweiz ist dann gemeldet worden, Wilson habe weiter den Frieden zu vermitteln und verlange eine Erklärung, daß Deutschland die Anwendung des rüchstlosen U-Boot-Krieges auf Amerika nicht ins Auge fasse oder wieder zurückziehe. Darauf wird erwidert, daß die Durchführung des U-Boot-Krieges die allgemeine Anwendung voraussetze. Ein Brief wurde von Amerika an den Kaiser geschickt, nachdem das amerikanische Telegramm Zimmermanns bekannt wurde, daß schon im Januar zur Abendung gelangt war. Damit ist das Diktat Sinsheimers beendet.

Vernehmung des Grafen Bernstorff.

Vizepräsident a. D. Graf Bernstorff: Wilson hat Anfang Januar sofort nach Ausbruch des Krieges eine erste Friedensvermittlung versucht. Im September hat er einen zweiten Versuch machen lassen, der daran scheiterte, daß die Entente gar nicht geantwortet hat. Wenigstens habe ich nichts davon gehört. Wilson hat im August eine Proklamation an das amerikanische Volk erlassen, in der er die Amerikaner zur Neutralität aufzufordern, weil eine so erregte Stimmung entstanden war, daß die Privatbesprechungen darunter litten. In dieser Proklamation hat er erklärt, daß das amerikanische Volk das einzige Volk wäre, das in der Lage wäre, das es die einzige Großmacht sei, die genügend Macht und Einfluß habe, um dieses Ziel herbeizuführen. Das ist die Politik Wilsons gewesen. Als das zweite Friedensangebot scheiterte, hielt er es für notwendig, sich mehr zurückzuziehen. Er kam trotzdem Oberst Soule im Winter 1914/15 nach Paris, London und Berlin, wo er im März nach dem U-Boot-Krieg eine Mitteilung Wilsons vorbereiten. Als er nach Berlin zurückkam, sagte er, der Augenblick wäre noch nicht gekommen.

Es wäre noch niemand bereit, auf einen Frieden einzugehen.

Er würde aber früher wieder nach Europa gehen, um zu sehen, ob etwas zu machen sei. Wilson hat zum ersten Male mit mir über den Frieden gesprochen, als ich nach der Zustimmungsgenehmigung eine Audienz bei ihm bekam, als die Gefahr des Krieges mit Deutschland sehr drohend war. Damals habe er mir, mir sollten durch ein Nachrichtenbüro in London ein Wort an die Moral richten, da eine solche Befehlsbefugnis, nicht mehr durch die Waffen der Krieg erhaltlich entscheiden werden könnte. Würden wir den U-Boot-Krieg aufheben, so würde er auf Aufhebung der englischen Auszubehrerung drängen. Das englische Kabinett werde darauf eingehen, und er hoffe, das damit ein Anfang gemacht sei für eine Friedensoffensive im großen Stil. Das war am 2. April 1917. Nach dem ersten Telegrammwechsel über die „Lusitania“ schien der Krieg unumkehrlich. Ich ging zu Wilson und verabredete, um Zeit zu gewinnen, daß Herr Meier-Gebhard nach Berlin reisen sollte. Wilson ging darauf ein. Der Meier-Gebhard über die „Lusitania“ ging weiter, aber hinsichtlich wurde ein anderes englisches Schiff freigegeben. Es war e unerschöpflich nachgegeben, indem angegeben wurde, daß Besatzungsmitglieder nicht ohne vorherige Warnung torpediert werden sollten.

Auf eine Anfrage des Vorstehenden erklärt der Zeuge, daß er nicht wisse, was aus der Wilson Meier-Gebhard geworden sei und fahrt fort: Es kam dann am 5. November eine Note an England, in welcher die englische Blockade als nicht an veränderlich erklärt wurde. Die Verhandlungen über die „Lusitania“ brachten uns

zum drittenmal an den Rand des Krieges,

weil wir anerkannt hätten, daß die Verletzung illegal gewesen wäre. Dieses Wort wurde von uns unbedingt abgelehnt. Schließlich gab Wilson nach. Er würde sich damit begnügen, wenn wir erklärten, daß solche Verletzungen Neutralität nicht treffen dürften. Diese Erklärung war eben fertig und sollte ausgetauscht werden, als in Berlin der verhängte U-Boot-Krieg erklärt wurde. Es wurde also nichts aus dieser Lösung. Der Vorstehende stellt fest, es wurde es sich hier nur um den verhängten, nicht um den unbedingten U-Boot-Krieg (Handel) und darauf wurde die „Entschluß“ torpediert. Fest kam eine endgültige Einigung zustande. Der U-Boot-Krieg sollte nach den Grundbänden des Krieges abgelehnt werden. Im Laufe des Winters war Soule zum zweiten Male nach Berlin gekommen, wo er im Januar 1916 war. Als er zurückkam, erklärte er mir, daß der

Spannwidrigkeit gegen einen Frieden vorläufig noch,

in Paris

zu finden wäre, daß er in England eine gewisse Vereinfachung zu finden hätte. Auch in Berlin habe man gefragt: Wir würden zu weit mehr Zeit bereit sein, auf eine amerikanische Friedensvermittlung einzugehen, doch habe zum ersten Male den der Ansicht der Reichlichen Regierung, den Wilsonen Wünschen entgegenzukommen, durch ein Telegramm gebürt, welches der Vizepräsident Gerard nach Erlaubigung der Obersten Soule nach Washington richtete. Dort fand, daß die deutsche Regierung nunmehr bereit sei, eine Friedensvermittlung anzunehmen. Ich habe darauf in Berlin angefragt, ob diese Einstellung richtig sei und ein Telegramm erlassen in dem Inhalt wurde, daß wegen der öffentlichen Meinung in Deutschland noch einige Zeit hineinzuwarten müsse, daß es aber im allgemeinen der Wunsch sei, Wilsons Friedensvermittlung anzunehmen. Es müsse aber verlangt werden, daß Wilson vorher gegen England vorgehe. Es ist vielleicht merkwürdig, daß ich mit einer Privatbesprechung, wie dem Obersten Soule, über diese Fragen verhandelt habe. Eine Geheimhaltung von Friedensbedingungen in Washington wäre ganz unannehmlich gewesen. Die beiden Häuser waren dort von Journalisten umlagert. Deswegen war es der Wunsch Wilsons, daß ich diese volle kommen vertraulichen Fragen mit meinem intimen Freunde Soule in Newport führte. Er sagte mir

Wilson hätte nicht mehr die Macht, England zu